



VORBERICHT

für die 16. Sitzung des
Vorstands des Bayerischen Städtetags
am 8. Mai 2012 in München

Referent: Thomas Kostenbader
Telefon (089) 29 00 87-15
Telefax (089) 29 00 87-65
E-Mail: thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de

Az. E 050/01-208-016
Nr. 270/11 Ko/Hö

München, 20. April 2012

TOP 18

Fachkräftemangel – Anerkennung ausländischer Fachkräfte

Beschlussvorschlag:

Der Vorstand begrüßt, dass Bund und Land mit dem am 1. April 2012 in Kraft getretenen Anerkennungsgesetz und dem auf den Weg gebrachten bayerischen Landesgesetz endlich dafür sorgen, dass die Berufsabschlüsse ausländischer Fachkräfte in Deutschland anerkannt werden. Damit wird einer Forderung des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2009 Rechnung getragen.

Bund und Land werden aufgefordert, die mit den Gesetzen verbundenen Maßnahmen rasch und unbürokratisch umzusetzen.

Sachvortrag:

1. Herr **Oberbürgermeister Dr. Balleis** hat angeregt, der Städtetag solle sich erneut mit dem Thema „Fachkräftemangel“ befassen.

Nach einer Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit 2011 sind in Deutschland etwa 500.000 Migrantinnen und Migranten mit akademischem Abschluss arbeitslos gemeldet oder unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt. Nur 30 Prozent der im Ausland akademisch Ausgebildeten verfügen über eine Anerkennung ihrer Qualifikationen. Allgemein ist die Arbeitslosenquote bei Migrantinnen und Migranten doppelt so hoch wie die der Deutschen. Auch die Beteiligung an Weiterbildungen liegt deutlich niedriger.

Das neue **Anerkennungsgesetz des Bundes (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz, BQFG)**, das am 1. April 2012 in Kraft tritt, soll Migrantinnen und Migranten helfen, durch die An-

erkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse eine ihrer Qualifikation und ihrer Kompetenzen entsprechende Arbeitsstelle zu finden und ihre berufliche und gesellschaftliche Integration zu verbessern. Kernelemente des Gesetzes sind der Rechtsanspruch auf ein Prüfungsverfahren für die rund 350 nicht reglementierten Berufe und der allgemeine Anspruch auf eine individuelle Gleichwertigkeitsprüfung nach einheitlichen Kriterien in einem einheitlich geregelten Verfahren, unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Die Bewertungsverfahren sollen dadurch für Antragsteller und Arbeitgeber transparent gemacht werden.

2. Für die vom Freistaat Bayern zu regelnden Anerkennungen wird derzeit ein entsprechendes Landesgesetz vorbereitet, das baldmöglichst vorgelegt werden soll. Hierbei soll auch eine weitgehende Einheitlichkeit mit den Anerkennungsgesetzen der anderen Bundesländer erreicht werden.
3. OB Dr. Balleis hatte sich in den vergangenen Jahren mehrfach auf Bundes- und Landesebene für eine solche Erleichterung der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen eingesetzt. Für die Betroffenen besteht **dringender Handlungsbedarf** und auch für die deutsche Wirtschaft ist es wichtig, dass die durch Zuwanderer geschaffenen Ressourcen genutzt werden. Aufgrund der demographischen Entwicklung und dem damit verbundenen Fachkräftemangel sollte es sich die deutsche Wirtschaft nicht mehr leisten, so verschwenderisch wie bisher mit den vielfältigen beruflichen, kulturellen und sprachlichen Ressourcen umzugehen, die die Zuwanderer nach Deutschland mitbringen.
4. Flankierend zur Einführung der neuen Gesetze sind weitere Maßnahmen und Angebote notwendig, um die Potenziale und Kompetenzen der Migranten besser nutzen zu können. Hierzu veranstaltete die Stadt Erlangen eine **4. Integrationskonferenz am 20.01.2012**. Bei der Konferenz ging es insbesondere um die kommunalen Möglichkeiten bei Einstellung und Nachqualifizierung, um die bessere Nutzung von Erfahrungswissen und informelles Lernen durch Kompetenzfeststellung sowie um die Rolle der Wirtschaft bei Anpassungsqualifizierungen. Die Dokumentation der Integrationskonferenz kann unter www.bay-staedtetag.de, Fachinformationen, Fachbereich Arbeit, Jugend, Soziales unter „Arbeitsmarkt“ abgerufen werden.
5. Das Thema „Anerkennung ausländischer Fachkräfte“ war auch Bestandteil der Forderungen beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2009 am 15./16. Juli 2009 in Mühldorf a. Inn unter dem Motto „Städte schaffen Integration“.
6. Der **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** hat seiner Sitzung am 20.04.2012 dem Vorstand empfohlen wie vorgeschlagen zu beschließen.